

GLYPHOSATABSTIMMUNG NOCHMALS VERSCHOBEN

BUND NATURSCHUTZ FORDERT MINISTERPRÄSIDENT HORST SEEHOFER ZUM EINGREIFEN AUF

Der BUND Naturschutz setzt weiterhin auf ein Verbot des umstrittenen Unkrautvernichters Glyphosat, das auf 40 Prozent aller Ackerflächen auch in Bayern eingesetzt wird. Der BN Vorsitzende Hubert Weiger kritisiert, dass die EU-Kommission bei der gestrigen Sitzung des EU-Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebens- und Futtermittel keine Abstimmung der EU-Mitgliedstaaten über die Wiedezulassung des umstrittenen Totalherbizids Glyphosat herbeigeführt hat. **„Die EU-Kommission war zu feige, den Tatsachen ins Auge zu blicken. Zum zweiten Mal hat es die Kommission nicht gewagt, die Mitgliedstaaten abstimmen zu lassen, denn sie hätte keine qualifizierte Mehrheit für die Wiedezulassung von Glyphosat zustande gebracht“,** so Weiger. **„Die EU-Kommission muss die Hängepartie umgehend beenden und Glyphosat die Wiedezulassung verweigern. Das gebietet das Vorsorgeprinzip zum Schutz von Umwelt und Verbrauchern. Die Kommission muss die Bedenken in vielen Mitgliedstaaten ernst nehmen und darf sich nicht zum Erfüllungsgehilfen von Monsanto machen“,** so der BN und BUND-Vorsitzende.

Der BUND Naturschutz hatte im Vorfeld der Entscheidung sowohl Landwirtschaftsminister Brunner als auch den CSU- Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt aufgefordert, sich klar gegen die Wiedezulassung auszusprechen. **„Jetzt muss Ministerpräsident Horst Seehofer seinen Einfluss geltend machen, und Schmid zu einer eindeutigen ablehnenden Haltung bewegen. Das Milliardengeschäft mit Glyphosat muss endlich gestoppt werden. Gott behüte Bayerns Fluren vor Glyphosat und Unverstand“,** fordert Richard Mergner, BN Landesbeauftragter in Anspielung auf die Bayernhymne.

Ohne den breiten Widerstand der Umweltverbände und weiter Teile der Zivilgesellschaft wäre dieser Zwischenerfolg nicht erreicht worden.

Für Rückfragen: Marion Ruppenner, BN Agrarreferentin, 0911-81878-20

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 20. Mai 2016

PM 052-16/LFG

Landwirtschaft